

SÜDWEST PRESSE

Donnerstag, den 13. Januar 2011

-Seite 3-

Eine Krankenkasse ignoriert ihre Versicherten

Mitglieder der AOK Bayern stellen Strafanzeige – Schwere Vorwürfe gegen CSU-Gesundheitsminister Söder

Die AOK Bayern und die CSU stecken in Schwierigkeiten. Die Kasse muss Arzthonorar nachzahlen und wird wegen Verdachts auf Untreue angezeigt. Die Opposition wirft Minister Söder Pflichtverletzung vor.

MARTIN HOFMANN

Die fristlose Kündigung des Hausarztvertrages durch die AOK Bayern schlägt immense Wellen. „Täuschung und Vertrauensbruch“ werfen Ingeborg und Peter Beier aus Erlangen ihrer „Gesundheitskasse“ vor. Für „unzulässig und nichtig“ erklären sie die Kündigung des Vertrags mit dem bayerischen Hausärzterverband. Das Ehepaar ist am 1. April 2009 zur Ortskasse gewechselt. Jetzt verlangt es von Vorstandschef Helmut Platzer die Rücknahme der fristlosen Kündigung.

„Die AOK hat gegen ihre Satzung und das Vertragsrecht verstoßen“, fasst Renate Hartwig die Kritik der Versicherten zusammen. Die Buchautorin aus Nersingen bei Neu-Ulm, Vorsitzende der Initiative „Bür-

ger-Schulterschluss“, zeigt im Auftrag von mehr als 2500 AOK-Mitgliedern die Kasse und ihren Chef wegen Verdachts auf Betrug und Untreue an. Der Grund: Sie bleibe gegenüber den Patienten ihre vertraglich zugesicherten Leistungen schuldig. 2,7 Millionen AOK-Mitglieder haben sich in den Hausarztvertrag eingeschrieben. Sie mussten seit 1. Juli 2009 bei Aufsuchen eines Arztes nur einmal im Jahr zehn Euro Praxisgebühr zahlen statt pro Quartal. Die Gebühr habe die Kasse von zahllosen Mitgliedern – je nach Vertragslaufzeit – aber auch für das Jahr 2011 abgebucht. Ärzte müssten seit Januar wieder zehn Euro zugunsten der Kasse verlangen. Außerdem gewährte der Vertrag Vorsorgechecks, als sonst bezahlt werden. „Das riecht doch nach Misswirtschaft und Vertragsbruch“, so Hartwig.

Im Streit um ausstehende Arzthonorare hat die AOK gestern eingelenkt. Sie überwies den 7000 bayerischen Hausärzten 38 Millionen Euro. Diese Weigerung war der Beginn des Streits. Er führte nach der fristlosen Kündigung des Vertrags durch die Kasse kurz vor Weihnachten zur Abstimmung der Mediziner,



Steht wegen der Hausarztverträge der Bayern-AOK unter Druck: Gesundheitsminister Markus Söder (CSU). Archivfoto

Zahlung in letzter Minute

Die AOK Bayern hat sich mit allen Mitteln gegen die seit mehr als einem halben Jahr ausstehende Honorarzahlung von 38 Millionen Euro an die bayerischen Hausärzte gewehrt. Erst als die Anwälte der hausärztli-

chen Vertragsgemeinschaft (HÄVG) die Konten der Krankenkasse sperren ließen, überwies sie den Betrag. Mit heutigen Datum erklärt die AOK, für eine Sperrung ihrer Konten gebe es keinen Anlass. Die Kran-

kenkasse muss auch an den Gesundheitsfonds, in den alle Beiträge der gesetzlich Versicherten seit 2009 fließen, 91 Millionen Euro zurückerzahlen. Dies entschied das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen. fm

ob sie ihre Kassenzulassung zurückgeben. Sie entschieden sich dagegen. „Allerdings“, so Renate Hartwig, „hat Platzer seine Versicherten vergessen. Nicht nur Ärzte und Kasse sind Vertragspartner, sondern auch die Kassenmitglieder.“

Hier kommt Gesundheitsminister Markus Söder und seine CSU ins Spiel. Seine Behörde hätte dies wissen müssen. Sie beaufsichtigt die Bayern-AOK. Das Ministerium muss zudem gewährleisten, dass die Patientenversorgung klappt. Nun setzte vor allem die CSU die Abschlüsse solcher Arztverträge 2009 durch. Das versprach sie vor der Landtagswahl 2008. Die schwarzgelbe Gesundheitsreform hat diese Möglichkeit ausgehöhlt, obwohl Söder den Hausärzten noch im Sommer 2010 versprach, an dem Paragraphen werde nicht gerüttelt.

Dann wechselte die CSU die Seite und pflichtete den Kassen bei, dass die Verträge den Allgemeinärzten zu hohe Honorare bescherten – 84 statt 40 Euro pro Patient und Quartal. Merkte die AOK, dass sie dies nicht finanzieren konnte? Hat sie sich bereits zuvor verschuldet und Söder deckte Kreditaufnahmen?

Hinter der Kehrtwende der CSU muss mehr stecken. Immerhin hat die AOK via Hausarztvertrag 100 000 Versicherte, nach Kenntnis anderer bis zu 200 000 hinzugewonnen. Das spült ihr bis zu 600 Millionen Euro zusätzlich in die Kasse.

Renate Hartwig fordert Aufklärung. Söder hätte die Pflicht gehabt, in den Konflikt einzugreifen, der im Frühjahr 2010 begann. Er hätte nicht zulassen dürfen, dass der Vertrag gekündigt wurde. Schließlich habe der Hausärzterverband zahlreiche Angebote gemacht, um der AOK entgegenzukommen.

Die Freien Wähler fordern dies auch. Söders Untätigkeit habe die Beitragzahler der AOK schon jetzt mehr als 100 Millionen Euro gekostet, sagt der Landtagsabgeordnete Karl Vetter. Diese Summe hätte die Kasse einsparen können, wenn sie auf die Angebote der Hausärzte eingegangen wäre. Doch Söder habe bis Anfang Dezember keine Zeit gehabt, die Ärzte anzuhören. Dann sei es zu spät gewesen. Die Zeche zahlten alle 4,5 Millionen AOK-Mitglieder. Ein Untersuchungsausschuss des Landtags soll das „dubiose“ Verhalten Söders aufklären.